



---

## **Für Völkerrecht und Demokratie statt Machtpolitik und Autoritarismus: Mehr Europa ist unsere Antwort**

### **Rückkehr imperialer Machtpolitik**

Das Völkerrecht und die multilaterale Zusammenarbeit werden von autoritären und nationalistischen Grossmächten offen herausgefordert. Das diktatorisch-kleptokratische Putin-Regime unterdrückt die Zivilgesellschaft und führt einen Angriffskrieg gegen die Ukraine sowie einen hybriden Krieg gegen Europa. China verfolgt eine neokoloniale Aussenpolitik und hat einen totalitären Kontroll- und Repressionsstaat gegen innen aufgebaut. Und die USA unter Trump erpressen ihre ehemaligen Verbündeten, als ob es kein Völkerrecht gäbe, und untergraben Demokratie und Rechtsstaat im Inneren. Diesen drei Mächten ist gemein, dass sie kleinen Staaten faktisch ihre Souveränität absprechen und die Welt in ihren Einflussphären denken. Zudem befördern alle drei Grossmächte ein oligarchisch geprägtes Wirtschaftsverständnis und verschärfen so die wirtschaftliche und soziale Ungleichheit massiv. Weltweit geraten Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte wegen dieser Grossmachtpolitik noch mehr unter Druck.

Die Rückkehr imperialer Gewaltpolitik zeigt sich nicht nur in Russlands Angriffskrieg gegen die Ukraine, sondern auch dort, wo Grossmächte wieder offen mit militärischem Zwang und Drohkulissen operieren. So wie dies China gegenüber Taiwan tut. Auch der US-Angriff auf Venezuela und die gewaltsame Verschleppung politischer Führungspersonen sind ein eklatanter Verstoss gegen das völkerrechtliche Gewaltverbot und schaffen gefährliche Präzedenzfälle, die weiteren autoritären Regimen zusätzlich Argumente für eigene Aggression liefern. Ebenso inakzeptabel sind Drohungen gegenüber anderen lateinamerikanischen Staaten sowie Ansprüche, welche die territoriale Integrität Dänemarks einschliesslich Grönland infrage stellen. Gerade kleine und mittelgrosse Staaten sind darauf angewiesen, dass Recht und Selbstbestimmung konsequent geschützt werden, statt dass Machtpolitik und Einflussphären über dem Völkerrecht stehen. Deshalb muss die Schweiz klar Position beziehen, völkerrechtswidrige Gewalt unmissverständlich verurteilen und sich gemeinsam mit Europa für Multilateralismus, Deeskalation und demokratische Souveränität einsetzen.

In dieser Lage ist Europa der einzige Kontinent, der trotz negativen Tendenzen in einzelnen Ländern und nicht zu verleugnenden Verfehlungen zum Beispiel in der Migrationspolitik politisch und wirtschaftlich stabil durch demokratische Institutionen und eine insgesamt verlässliche Rechtsgemeinschaft verbunden ist. Für die Schweiz, die mitten in Europa liegt und wirtschaftlich, gesellschaftlich wie auch politisch eng verflochten ist, stellt sich damit eine zentrale Frage: Wollen wir – als Voraussetzung echter Souveränität – unsere Integration in den demokratischen Rechtsraum Europa vertiefen? Oder wählen wir eine opportunistische

Isolation nach dem Modell eines «Singapur in den Alpen», die nur den heimischen Oligarchen nützt, unseren Arbeitsplatz aber schwächt und unsere politische Unabhängigkeit untergräbt, weil sie uns noch stärker den Launen der Grossmächte ausliefert?

Die SP Schweiz engagiert sich für europäische Integration und Souveränität und setzt sich als Teil der Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) für ein soziales und demokratisches Europa ein. Darüber hinaus bekennt sich die SP zu einer Aussenpolitik, die Verantwortung für Freiheit, Frieden und soziale wie ökologische Gerechtigkeit übernimmt, internationale Zusammenarbeit stärkt und das Völkerrecht, die Menschenrechte und die Menschenwürde aktiv verteidigt.

Darum verurteilt die SP jeden Völkerrechtsbruch und steht immer auf der Seite der Opfer. Sie verurteilt genauso den mörderischen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine, den Genozid am palästinensischen Volk in Gaza, oder die Verbrechen gegen die Menschlichkeit im Sudan und allen anderen Konflikten.

### **Mehr Europa wagen**

Die Bilateralen III und eine kluge Umsetzungsgesetzgebung erneuern und stabilisieren den bilateralen Weg und sichern der Schweiz den rechtssicheren Zugang zum europäischen Binnenmarkt und zu den Kooperationsprogrammen. Sie schützen damit Arbeitsplätze und Löhne, den Forschungsstandort und den Austausch in Bildung, Kultur und Wissenschaft. Das ist fundamental für eine soziale Schweiz.

Gleichzeitig ist klar: Wirtschaftliche Integration allein genügt nicht mehr. Die Schweiz braucht eine enge Zusammenarbeit mit Europa auch in Bereichen wie Klimaschutz, Tech-Regulierung, Steuerpolitik und Sicherheit.

Die SP lehnt die «Keine-10-Millionen-Schweiz»-Initiative entschieden ab. Sie würde nicht nur das Asylrecht in Frage stellen, sondern auch zu einer Kündigung der zentralen Verträge mit der EU führen und die Beziehungen zur wichtigsten Partnerin der Schweiz massiv gefährden. Ebenso lehnt die SP die Kompass-Initiative ab. Sie will, dass europapolitische Verträge künftig dem Ständemehr unterstellt werden. Dies würde die bewährte, in der Bundesverfassung verankerte, demokratische Mitsprache der Bevölkerung verzerren und es einer kleinen Minderheit ermöglichen, zentrale Staatsverträge zu blockieren. Die Initiative würde die Handlungsfähigkeit der Schweiz in Europa und in der Welt schwächen und den bilateralen Weg instabil machen. In einer Welt, die von geopolitischen Spannungen geprägt ist, braucht die Schweiz verlässliche Verfahren, nicht neue Hürden und Blockademechanismen.

Die Zukunft der Schweiz liegt in einer aktiven und gestaltenden Zusammenarbeit mit Europa, nicht in institutioneller Verkomplizierung und politischer Abriegelung.

## **Neutralität heisst Verantwortung, nicht Opportunismus**

Die SP steht zu einer aktiven Neutralitätspolitik. Neutralität bedeutet aber nicht, dass die Schweiz in einem weltpolitischen Ausnahmezustand schweigt, sich wegduckt oder gar versucht, von Kriegen und Menschenrechtsverletzungen wirtschaftlich zu profitieren. Denn Neutralität ergibt nur Sinn, wenn sie als Anwaltschaft für das Völkerrecht verstanden wird, als Bollwerk gegen das Recht des Stärkeren. Wir wissen: Jede politische Entscheidung – und ebenso jede Nicht-Entscheidung – bedeutet eine Positionierung. Wer etwa bei schwersten Völkerrechtsbrüchen wie dem Angriff Russlands gegen die Ukraine keine Position bezieht, stärkt faktisch den Aggressor. Neutralitätspolitik völlig unglaublich ist dagegen der Beschluss des Parlaments, das Kriegsmaterialgesetz derart aufzuweichen, dass Schweizer Waffen wieder in Staaten wie Saudi-Arabien, Israel oder Myanmar gelangen könnten, während die Ukraine ausdrücklich von Waffenlieferungen ausgeschlossen bleibt. Die SP stellt sich diesem Vorgehen der Parlamentsmehrheit mit dem Referendum entschieden entgegen. Die Neutralitätsinitiative verlangt hingegen, dass die Schweiz grundsätzlich keine Sanktionen mehr gegen Staaten verhängen darf, selbst wenn diese das Völkerrecht brechen oder Angriffskriege führen. Damit würde sie sich gegen die in der UNO-Charta völkerrechtlich verankerte Ächtung des Angriffskriegs positionieren. Das ist das Gegenteil einer verantwortungsvollen Neutralitätspolitik. Gegenüber der völkerrechtlichen Doktrin der «kollektiven Sicherheit», wonach sich alle gegen den Aggressor verbünden, kann man nicht neutral sein.

Aktive Neutralität heisst: Einsatz für das Völkerrecht, Unterstützung des Multilateralismus, klare Verurteilung von Angriffskriegen, keine Waffenverkäufe an Aggressoren und Völkerrechtsbrechern und enge Zusammenarbeit mit jenen Staaten, die demokratische und rechtsstaatliche Grundsätze achten. Die SP bekämpft die Neutralitätsinitiative, die besser «Pro-Putin-Initiative» heissen sollte, deshalb entschieden.

## **Multilateral statt erpressbar: Handelspolitik mit klaren Prinzipien**

Der von den USA geforderte Zoll-«Deal» ist kein Verhandlungsergebnis, sondern ein politisches Diktat. Die Senkung der US-Zölle von 39 auf 15 Prozent wird mutmasslich an Bedingungen geknüpft, die für die Schweiz unannehmbar sein könnten und unsere Souveränität direkt unter Druck setzen. Solche Erpressungsversuche untergraben internationale Regeln und bedrohen die Fähigkeit kleiner und mittelgrosser Staaten, ihre Interessen selbstbestimmt zu vertreten. Es ist kein Wunder, dass gerade die Oligarchen dies- und jenseits des Atlantiks diese Art der Politik begrüssen und aktiv vorantreiben. Wer wie Elon Musk oder einheimische Grossaktionäre von willkürlichen Handelsbeziehungen ohne verbindliche Regeln profitiert, bekämpft Rechtsstaatlichkeit und demokratische Kontrolle. Wo nicht mehr Verträge, Parlamente und Gerichte entscheiden, sondern Drohkulissen, Kapitalmacht und persönliche Nähe zu Regierungen, wird die Substanz von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit ausgehöhlt.

Gerade deshalb braucht die Schweiz eine Handelspolitik, die auf klaren Prinzipien, auf Multilateralismus und auf Völkerrecht basiert – nicht auf Machtpolitik.

Die SP setzt sich für faire Handelsabkommen ein, die hohe Standards bei Arbeit, Umwelt und Menschenrechten sichern und die demokratischen Handlungsspielräume nicht einschränken. Sie lehnt Abkommen ab, die Staaten zu einer einseitigen Abhängigkeit drängen,

demokratische Regulierung unterlaufen oder der Bevölkerung Kosten aufbürden, während Konzerne und Oligarchen profitieren.

Gleichzeitig ist klar: Eine gerechte internationale Ordnung entsteht durch starke Partnerschaften, nicht durch Isolation. Die Schweiz soll aktiv mit jenen Ländern zusammenarbeiten, die sich für das Völkerrecht und eine nachhaltige Entwicklung einsetzen – in Europa aber auch und besonders im globalen Süden.

### **Für eine Schweiz, die Souveränität durch Zusammenarbeit stärkt**

Die drei anstehenden Volksinitiativen weisen in die falsche Richtung:

- Die «Keine-10-Millionen-Schweiz-Initiative» gefährdet die zentrale europäische Zusammenarbeit der Schweiz.
- Die sogenannte «Neutralitätsinitiative» verpflichtet die Schweiz zur Untätigkeit gegenüber Kriegstreibern und Völkerrechtsbrechern wie Putins Russland und isoliert die Schweiz in Europa.
- Die Kompass-Initiative schafft neue institutionelle Blockaden und schwächt die demokratische Entscheidungsfindung sowie den aussenpolitischen Handlungsspielraum.

Die SP Schweiz sagt zu allen drei Initiativen klar Nein. Hingegen bieten die Bilateralen III die Chance, den Werk-, Forschungs- und Bildungsplatz zu stärken und die Zusammenarbeit in Europa zu vertiefen.

Die Schweiz braucht eine Aussenpolitik, die Verantwortung für Freiheit und Frieden übernimmt, europäisch verankert ist und die Grundwerte unserer Demokratie und unserer humanitären Tradition verteidigt. Eine Politik, die internationale Zusammenarbeit stärkt, das Völkerrecht schützt und global für soziale und ökologische Gerechtigkeit einsteht. Nur so kann die Schweiz ihre Zukunft in einer zunehmend instabilen Welt souverän gestalten und zur Linderung von Not und Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte und zur Förderung der Demokratie, zu einem friedlichen Zusammenleben der Völker sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen beitragen, wie es in Artikel 54 der Bundesverfassung vorgesehen ist.